



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg

An den Landkreis Lüchow-Dannenberg
Frau Landrätin Dagmar Schulz
Königsberger Straße 10

29439 Lüchow

Kerstin Peters
Vorsitzende

Handy 01 73-929 20 62
die.peters@t-online.de

Neu Darchau, 11.04.2022

Sehr geehrte Frau Landrätin Schulz,

die SPD-Fraktion bittet um Beschluss folgender Resolution im Kreisausschuss am 25.04.2022 und im Kreistag am 02.05.2022:

Sofortiger Stopp des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine – Geflüchtete aufnehmen

Der Kreistag Lüchow-Dannenberg verurteilt den erneuten völkerrechtswidrigen Einmarsch Russlands in die Ukraine scharf, für den es keine Rechtfertigung gibt. Wir erklären uns solidarisch mit der Ukraine und ihren Bürger*innen und bekennen uns zu ihrer staatlichen Integrität und Souveränität und fordern die russische Führung entsprechend auf, beides anzuerkennen, die Truppen vom ukrainischen Staatsgebiet abzuziehen und die Invasion mit sofortiger Wirkung zu beenden. Auch die Anerkennung der Separatistengebiete Luhansk und Donezk und die Annexion der Krim verurteilen wir als einen Akt der russischen Destabilisierungsstrategie der Ukraine. Diese Gebiete sind Teil des Territoriums der Ukraine, die ein souveräner Staat mit einem Recht auf vollständige Selbstbestimmung ist.

Der Kreistag Lüchow-Dannenberg fordert die Europäische Union, die Bundesregierung und Landesregierung Niedersachsens auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Krieg in der Ukraine sofort zu beenden und denjenigen, die vor dem Krieg fliehen, eine menschenwürdige Flucht und sichere Unterkunft zu ermöglichen. Wir begrüßen zugleich die Sanktionen gegen die Russische Föderation und die von den russischen Rebellen kontrollierten ukrainischen Gebiete Luhansk und Donezk.

Wir stehen zu der Ankündigung der Landesregierung, ukrainische Geflüchtete aufzunehmen und erklären uns bereit, Geflüchtete im Rahmen unserer Möglichkeiten über das Landeskontingent hinaus aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen
Heike Bade



Nachrichtlich an:

- die Kommissionsvorsitzende der Europäischen Union
- die Bundesregierung
- die Landesregierung Niedersachsens
- die Presse: EJZ, LZ und NDR Regional